



Nr. 39

4. November 2015

## Inhalt

[23. Europäischer Abend - dbb: Keine neuen Schlagbäume in Europa+++](#)

[Lühmann zum Europäischen Equal Pay Day 2015: Noch immer eine Chancengleichheit+++](#)

[Öffentlicher Dienst ist wichtiges Instrument für nachhaltige Politik – Angemessene Personalausstattung unverzichtbar+++](#)

[Das ist neu auf dbb.de+++](#)

[Urteil im Prozess nach tödlicher Messerattacke auf](#)

[Jobcentermitarbeiter - Dauderstädt: Beschäftigte besser schützen+++](#)

[Sozial- und Erziehungsdienst: Mitglieder stimmen für Kompromiss+++](#)

[Kampagnenstart zum Equal Pay Day 2016 -](#)

[dbb bundesfrauenvertretung für gesetzliche Lösung+++](#)

[dbb jugend auf Hauptversammlung des Bundesjugendrings:](#)

[Geflüchtete willkommen+++](#)

[Wildfeuer zu Familienreport: Wir brauchen eine „echte“](#)

[Familienpolitik+++](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[DBB NRW: Gespräch mit Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen+++](#)

[BBB: „Wir müssen jeden Lehrer mit dem Lasso fangen“+++](#)

[BBW mit Ziel von Chancengleichheitsgesetz einverstanden, mit Ausführung nur bedingt+++](#)

## [Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

## 23. Europäischer Abend - dbb: Keine neuen Schlagbäume in Europa

**(dbb) „Demagogen, Populisten und Fanatiker - Ein neues Zeitalter der Extreme“ war der Titel des 23. Europäischen Abends, der am 2. November 2015 als Kooperationsveranstaltung des dbb beamtenbund und tarifunion, der Europa-Union Deutschland, der Europäischen Kommission und des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement im dbb forum berlin stattfand. „Die freiheitliche demokratische Grundordnung in Europa wurde selten so herausgefordert wie heute“, erklärte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt vor Beginn der Veranstaltung in Berlin. „Wo auch immer in Europa in diesen bewegten Zeiten Wahlen stattfinden, erzielen rechtspopulistische oder sogar rechtsextreme Kräfte enorme Zugewinne.“**

Gleichzeitig, so Dauderstädt weiter, sinke die Wahlbeteiligung kontinuierlich. „Wir müssen uns also Gedanken machen über Wahlmüdigkeit und Desinteresse am Staat. Wir müssen uns fragen, wozu Kürzungen bei Gehältern und Renten, hohe Arbeitslosigkeit - besonders bei Jugendlichen -, Überschuldung und Sparpolitik führen. Politik und Gesellschaft müssen auch die Ängste, die es angesichts der Flüchtlingskrise gibt, ernstnehmen.“ Das dürfe aber nicht heißen, „dass wir menschenverachtende Parolen akzeptieren. Das darf uns nicht dazu verleiten, an die Stelle der nach Schengen abgerissenen Schlagbäume quer durch Europa wieder Mauern und Zäune zu errichten“.

Die Mitarbeiter des viel gescholtenen Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, die Polizei des Bundes und der Länder, die Sozialverwal-

tung, allen voran die Kommunalverwaltung und bald auch - wenn es nach der Erstaufnahme um Integration gehen wird - Erzieher/innen in den Kitas, Lehrerinnen und Lehrer oder die Bediensteten der Bundesagentur für Arbeit, sie alle leisten in diesen Wochen und Monaten unendlich viel dafür, dass Deutschland diese Herausforderung bewältigt. Dauderstädt: „Damit die Integration der Flüchtlinge gelingt, braucht Deutschland in vielen Bereichen der Verwaltung mehr Personal, sehr viel mehr Personal. Außerdem müssen wir diskutieren, ob unsere geltende Finanzverfassung revidiert werden muss, damit der Bund den Kommunen direkt helfen kann.“

Mehr Informationen zum 23. Europäischen Abend unter [www.dbb.de](http://www.dbb.de) (01/39/15)

## Lühmann zum Europäischen Equal Pay Day 2015: Noch immer keine Chancengleichheit

**(dbb) „Anders als einige Jubelmeldungen glauben machen wollen, gibt es nach wie vor keine wirkliche Chancengleichheit von Frauen und Männern. Frauen stoßen noch immer an vielen Stellen an die ‚gläserne Decke‘“, erklärte die Vorsitzende der CESI-Frauenrechtskommission und stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Kirsten Lühmann anlässlich des Europäischen Equal Pay Days am 2. November 2015.**

Er markiert den Tag im Jahr, ab dem statistisch betrachtet Frauen für ihre Arbeit kein Geld mehr erhalten, während Männer ihren Lohn bis zum 31. Dezember weiter bezahlt bekommen. Rechnerisch ergibt sich dieser Tag aus dem geschlechtsspezifischen Gehaltsunterschied, der in der EU noch immer bei 16,3 Prozent liegt. Die Europäische Kommission hat gleiche Bezahlung für gleichwertige Leistung zu einer ihrer Prioritäten erklärt. Die aktuelle europäische Gleichstellungsstrategie läuft Ende 2015 aus und soll dann durch eine neue, noch nicht beschlossene ersetzt werden.

„Die Europäische Kommission zeigt in Fragen der Gleichberechtigung viel Elan und kann sich bei ihrem Einsatz der Unterstützung durch die CESI gewiss sein“, so Lühmann. Vor allem nach dem endgültigen Scheitern der Mutterschutzrichtlinie im Sommer seien nun neue, starke Signale gefragt. „Viele Mitgliedstaaten wollen die Kommission bei ihrem Einsatz ausbremsen, sie zu einem zahnlosen Tiger machen. Das wäre ein enormer Rückschritt.“ Die CESI bringe im Hinblick auf die neue EU-Gleichstellungsstrategie vor allem ihre Expertise zur modernen Arbeitswelt ein. „Als Gewerkschaften sehen wir täglich die Ungleichbehand-

lungen, wissen also, wo genau die Probleme für Frauen in der Arbeitswelt besonders groß sind.“

Gerade am Equal Pay Day dürften auch die Erfolge nicht vergessen werden. So sei zum Beispiel der Anteil von Frauen in den Entscheidungsgremien der größten börsennotierten

Unternehmen stark angestiegen und habe sich seit 2010 auf gut 20 Prozent beinahe verdoppelt. „Darauf dürfen wir uns aber nicht ausruhen. Das ist immer noch viel zu wenig. Ohne gesetzliche Quoten wird es in den kommenden Jahren nicht gehen“, so Lühmann. (02/39/15)

## **Öffentlicher Dienst ist wichtiges Instrument für nachhaltige Politik – Angemessene Personalausstattung unverzichtbar**

**(dbb) Nachhaltigkeit – vor allem in ökonomischen und sozialen Bereichen – macht Deutschland attraktiv. „Der öffentliche Dienst bildet ein wichtiges Instrument für nachhaltige Politik“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt vor Beginn der von der Bundesregierung veranstalteten Auftaktkonferenz „Globale Nachhaltigkeitsziele – nationale Verantwortung“ am 29. Oktober 2015 im dbb forum berlin.**

„Für die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft entscheidend bleibt, wie nachhaltig sie sich zu organisieren versteht“, so Dauderstädt. „Eine solche innere Struktur will ordentlich verwaltet werden. Recht und Ordnung, Schutz vor den Risiken des Lebens und demokratische Mitnahme verlangen zukunftsbezogene und langfristig tragfähige Systeme. Der öffentliche Dienst gewährleistet diese Erwartungen und Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger - und ist somit ein wichtiges Instrument zur Umsetzung nachhaltiger Politik. Dafür benötigt er aber auch angemessene Personalausstattung, gesicherte Finanzierungsperspektiven und transparente Zuständigkeiten“, unterstrich der dbb Chef.

Mit Blick auf die aktuellen Entwicklungen in Deutschland und Europa fügte Dauderstädt hinzu: „In einer Zeit dynamischer Umbrüche kommt Kontinuität, Verlässlichkeit und Nachhaltigkeit ein hoher Stellenwert zu.“ Unbestreitbar gehörten Frieden, soziale Sicherheit

und wirtschaftliche Gleichgewichte zu den prägnanten Faktoren auch für politische Stabilität. Nicht umsonst beweise Deutschland mit solchen Rahmenbedingungen große Attraktivität für Flüchtlinge aus vielen krisengeschüttelten Staaten.

Auf der Konferenz „Globale Nachhaltigkeitsziele – nationale Verantwortung“ will Bundesminister Peter Altmaier, Chef des Bundeskanzleramts, über die „Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie“ sprechen, bevor es im Plenum und in Workshops um verschiedene Aspekte nachhaltiger Entwicklung, Wirtschaft und Politik geht. Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie wurde 2002 unter dem Titel „Perspektiven für Deutschland“ beschlossen, bestimmt seitdem den Kurs für eine nachhaltige Entwicklung hierzulande und wird fortlaufend weiterentwickelt. Leitlinien sind Generationengerechtigkeit, Lebensqualität, sozialer Zusammenhalt und internationale Verantwortung. (03/39/15)

## **Das ist neu auf dbb.de**

**(dbb) In eigener Sache: Auf dbb.de hat sich etwas getan. Aber nicht nur das Aussehen hat sich geändert, wir haben auch viele Funktionen weiterentwickelt. Hier erfahren Sie welche.**

Gut drei Jahre nach der letzten „Grundsanie rung“ war es mal wieder an der Zeit, unsere Internetseite komplett zu überarbeiten. Die auf den ersten Blick auffälligste Änderung ist sicherlich das neue Design, sowohl bei der An-

sicht über Tablets und Smartphones als auch über den Desktop-PC. Die wichtigste Neuerung wird jedoch erst auf den zweiten Blick sichtbar: Struktur und Funktionalität der Navigation wurden grundlegend überarbeitet. Die Inhalte

wurden ebenfalls etwas gestrafft und teilweise neu sortiert. So konnten die Komplexität der Seite reduziert und die Nutzerfreundlichkeit erhöht werden.

Das wird besonders auffällig durch die neue Funktionalität der Navigation. Es handelt sich (in der Desktop-Ansicht) um ein „Fly-out-Menü“. Das bedeutet, dass sich die Navigation nach unten ausklappt, wenn man mit dem Mauszeiger über die einzelnen Begriffe in der ersten Ebene fährt. Ist sie ausgeklappt, werden die jeweiligen Unterbereiche sichtbar. Neu ist auch, dass bei den Unterbereichen nicht nur die zweite Ebene dargestellt wird, sondern –

sofern vorhanden – zusätzlich die dritte und die vierte Ebene. Der Effekt: Fast alle wesentlichen Seiten sind direkt von der Startseite aus erreichbar.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß auf unserer „neuen“ Seite und beim Entdecken weiterer Verbesserungen! Sollten Sie etwas vermissen oder gar Probleme haben, zögern Sie bitte nicht, eine E-Mail an [redaktion@dbb.de](mailto:redaktion@dbb.de) zu schreiben. Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldung!

(04/39/15)

## Urteil im Prozess nach tödlicher Messerattacke auf Jobcentermitarbeiter - Dauderstädt: Beschäftigte besser schützen

**(dbb) Anlässlich des Urteils im Prozess über die tödliche Messerattacke auf einen Mitarbeiter des Jobcenters in Rothenburg ob der Tauber in Bayern hat der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt erneut verstärkte Maßnahmen zum Schutz der Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes gefordert. Angesichts sich häufender verbaler und tätlicher Übergriffe bis hin zu Bedrohungen mit tödlicher Folge nehme die Angst unter den Beschäftigten zu, sagte Dauderstädt am 28. Oktober 2015 in Berlin.**

Die Tat des vom Landgericht Ansbach wegen Totschlags zu zehn Jahren Haft verurteilten 29-Jährigen, der am 3. Dezember 2014 in einem Jobcenter in Rothenburg ob der Tauber einen 61-jährigen Psychologen mit Messerstichen tödlich verletzt hatte, sei ein weiterer trauriger Höhepunkt der Eskalation von Gewalt gegen Staatsbedienstete, so Dauderstädt.

Allein in den vergangenen drei Jahren kostete diese Gewalt mehrere Mitarbeiter von Dienststellen das Leben: So starben die Sachbearbeiterin einer Führerscheinstelle in Schleswig, weil sie einem Lkw-Fahrer die Fahrerlaubnis verweigerte, und ein Gerichtsvollzieher in Karlsruhe, der bei einem Mann pfänden wollte. Im Jobcenter Neuss wurde eine Mitarbeiterin von einem Kunden erstochen, im Finanzamt Rendsburg ein Beamter erschossen. Laut Bundesinnenministerium wurden 2014 bundesweit rund 700 Mitarbeiter von Rettungsdiensten angegriffen, ebenso 60.000 Polizisten und Vollzugsbeamte.

„Wir haben es mit einer nicht hinnehmbaren Verrohung zu tun, der wir entschlossen entgegen treten müssen“, forderte der dbb Chef „angesichts der zehntausendfachen Beleidigungen und Attacken auf Behörden-

Mitarbeiter. Wir müssen die Beschäftigten besser schützen, etwa durch Sicherheitsschleusen, Alarmsysteme und räumliche Umstrukturierungen.“ So könnten beispielsweise Einzel- durch Großraumbüros ersetzt werden, in denen transparente Glaswände die Vertraulichkeit der Gespräche sichern, gleichzeitig aber auch eine bessere Aufsicht möglich machen. „Regelmäßige Konfliktschulungen für die Beschäftigten müssen Standard werden“, so Dauderstädt. Auch seitens der Politik erwarte man „deutlich mehr Anstrengungen, die die Beschäftigten besser schützen“, betonte der dbb Bundesvorsitzende. „Aggression und eine zunehmende Ablehnung behördlicher Maßnahmen sind ein gesamtgesellschaftliches Problem. Ein Staat, der seine Bürgerinnen und Bürger nicht mehr erreicht und in keinen von gegenseitigem Respekt geprägten Dialog mehr treten kann, ist kein tragfähiges Modell für die Herausforderungen, die vor uns liegen. Diese Position muss Politik auf allen Ebenen, auch der der Gesetzgebung, laut und deutlich vertreten. Niemand erwartet einen Untertanengeist gegenüber dem öffentlichen Dienst. Aber seine Beschäftigten sind kein Freiwild, sondern leisten Tag für Tag rund um die Uhr wertvolle Arbeit für unser aller Gemeinwesen.“

(05/39/15)

## Sozial- und Erziehungsdienst: Mitglieder stimmen für Kompromiss

**(dbb) Die Urabstimmung im Sozial- und Erziehungsdienst ist beendet. 64,04 Prozent der Mitglieder in den beteiligten dbb Fachgewerkschaften stimmten für die Annahme des Tarifkompromisses. „Das Ergebnis ist ein wichtiger Zwischenschritt im Kampf um mehr Wertschätzung für die Berufe im Sozial- und Erziehungsdienst“, sagte dbb Verhandlungsführer Andreas Hemsing am 29. Oktober 2015 in Berlin.**

„Wir haben wichtige Verbesserungen erreicht“, so Hemsing. „Einerseits die Erhöhungen der Grundeingruppierung, die jetzt direkt bei den Beschäftigten ankommen werden. Andererseits ist durch den Arbeitskampf die gesellschaftliche Debatte um die Wertschätzung für soziale Berufe neu entfacht worden. Diese zweifache Anerkennung trägt nicht nur dem Engagement der Kolleginnen und Kollegen Rechnung. Sie wird auch langfristig dazu beitragen, qualifi-

ziertes Personal für den Sozial- und Erziehungsdienst zu gewinnen.“

Trotzdem zeige das Ergebnis der Urabstimmung, dass es weiterhin viel zu tun gebe. „Die Kolleginnen und Kollegen sind einverstanden mit diesem Zwischenschritt“, sagte Hemsing. „Aber sie erwarten, dass es weitergeht. Aufwertung und Wertschätzung sind keine Eintagsfliegen.“  
(06/39/15)

## Kampagnenstart zum Equal Pay Day 2016 - dbb bundesfrauenvertretung für gesetzliche Lösung

**(dbb) Um junge, gutausgebildete Frauen für verantwortungsvolle Jobs im öffentlichen Dienst zu gewinnen, müssen sich Politik und öffentliche Arbeitgeber stärker für gerechte Bezahlstrukturen einsetzen. „Wir plädieren für eine gesetzliche Lösung, um geschlechterbedingte Entgeltunterschiede aufzuheben“, sagte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, am 3. November 2015 am Rande des Equal Pay Day Forum im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Berlin.**

Gründe für Entgeltdiskriminierungen in „typischen Frauendomänen“ im öffentlichen Dienst müssten intensiv geprüft werden - etwa im Erziehungsdienst und im Gesundheitswesen. „Hier müssen die Eingruppierungsdiskussionen fortgesetzt und endlich zu einem vernünftigen Abschluss gebracht werden. Es darf nicht sein, dass gut ausgebildete junge Menschen mit 40-Stunden-Woche kaum über das Existenzminimum hinauskommen.“

Um die Entgeltunterschiede im öffentlichen Dienst auch im Beamtenbereich weiter zu minimieren, forderte Wildfeuer geschlechtersensible Beurteilungskriterien. „Ich vermisse eine erst gemeinte Qualitätsdebatte. Vielerorts wird Leistung noch immer an der Arbeitszeit gemessen. Das bekommen dann vor allem die

überwiegend weiblichen Teilzeitkräfte zu spüren.“

„Was ist meine Arbeit wert?“ Danach fragt die Kampagne zum Equal Pay Day 2016 und wirft einen Blick auf die Einkommensperspektiven junger Menschen. Auf drei Diskussionsforen in Berlin, Frankfurt am Main und Düsseldorf werden im Vorfeld des Equal Pay Day am 19. März 2016 Lösungsansätze und positive Konsequenzen der Entgeltgleichheit mit Vertreterinnen aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und dem öffentlichen Dienst diskutiert. Initiiert wird die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderte Kampagne von den Business Professional Women (BPW).  
(07/39/15)

## **dbb jugend auf Hauptversammlung des Bundesjugendrings: Geflüchtete willkommen**

**(dbb) Gleiche Rechte für alle jungen Menschen, gleich welcher Herkunft, fordert der Deutsche Bundesjugendring (DBJR), Spitzenorganisation der Kinder- und Jugendverbände in Deutschland, dem auch die dbb jugend angehört. „Kinder, Jugendliche und junge Volljährige, gleich welcher Herkunft, sind in erster Linie eins: junge Menschen. Als Interessenvertreter aller jungen Menschen fordern wir gleiche Rechte für alle Menschen. Das Recht auf Bildung und alle anderen Kinderrechte sind die Rechte aller Kinder, unabhängig von Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsstatus“, heißt es im entsprechenden Antrag „Geflüchtete willkommen! – Gleiche Lebensbedingungen und Chancen für alle Kinder, Jugendlichen und jungen Volljährigen“ (Antrag 12.01), den die DBJR-Hauptversammlung am 30./31. Oktober 2015 in Heidelberg beraten und beschlossen hat.**

Der Antrag stellt auch klar, dass für die Organisation von Integration bessere Bedingungen geschaffen, also etwa mehr Lehrer und Schulsozialarbeiter für Schulen und Erwachsenenbildung eingestellt werden müssen. Zudem dürften die im Zusammenhang mit dem Flüchtlingszustrom erforderlichen Investitionen nicht als Grund für Kürzungen in anderen Bereichen, etwa in der Kinder- und Jugendhilfe, herhalten.

Die dbb jugend-Vorsitzende Sandra Kothe, die gemeinsam mit Steven Werner (Vorsitzender

AG jugend in Europa) und Yvonne Bösel (dbb Bundesgeschäftsstelle) die Delegation der dbb jugend bildete, zog ein positives Fazit der Hauptversammlung: „Zu vielen Anträgen gab es teils kontroverse Diskussionen, die in Arbeitsgruppen bis tief in die Nacht geführt wurden. Dabei spiegeln nicht alle Ergebnisse die Meinung der dbb jugend wider, aber insgesamt können wir mit diesen Konsens- und Kompromissentscheidungen sehr zufrieden sein.“  
(08/39/15)

## **Wildfeuer zu Familienreport: Wir brauchen eine „echte“ Familienpolitik**

**(dbb) Deutschland ist wenig familienfreundlich. Das finden mehr als die Hälfte der Deutschen. Gleichzeitig ist die Mehrheit der Bevölkerung aber der Auffassung, dass Kinder und Familie zu einem erfüllten Leben gehören. Das geht aus dem jetzt veröffentlichten Familienreport 2014 des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hervor. „Dieses Stimmungsbild ist das Ergebnis einer zwiespältigen Familienpolitik. Einerseits wird mit dem ElterngeldPlus eine progressive Vereinbarkeitspolitik betrieben. Andererseits wird im Steuerrecht das traditionelle Familienmodell begünstigt“, kommentierte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, die Ergebnisse der Studie am 29. Oktober 2015 in Berlin.**

Wildfeuer forderte die Bundesregierung auf, endlich abzuweichen vom „arbeitgeberfreundlichen und wählerstimmenorientierten Kurs“. „Wir brauchen eine echte Familienpolitik, die nicht nur arbeitsmarktpolitisch, sondern vor allem gesamtgesellschaftlich wirkt.“ Neben familienfreundlich ausgestalteten Steuerrecht und Arbeitsbedingungen gehörten dazu auch Kinderbetreuungsangebote und unbefristete

Arbeitsplätze, die ein existenzsicherndes Arbeiten für Familien ermöglichen.

Auch die öffentlichen Arbeitgeber dürften sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nicht entziehen, so Wildfeuer. Gerade der öffentliche Dienst könnte in der Debatte um eine familienfreundliche Kultur in Deutschland tonangebend sein.  
(09/39/15)



## **Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften**

### **DBB NRW: Gespräch mit Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen**

**(dbb) Bei einem Treffen des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen mit Vertretern der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen am 29. Oktober 2015 standen das Gesetz zur Dienstrechtsmodernisierung, die Einführung des Pensionsfonds sowie die Rekrutierung von Beamten für die schnelle Bewältigung der Flüchtlingskrise auf der Tagesordnung.**

Zum Thema Dienstrechtsreform erläuterte Roland Staude, Vorsitzender des DBB NRW, nicht nur inhaltliche Aspekte, sondern kritisierte auch die Durchführung des so genannten Dialogverfahrens. Die konstruktiven Vorschläge des DBB NRW und seiner Mitgliedsverbände hätten nur in ganz geringem Maße Eingang in den Gesetzesentwurf gefunden. „Das ist vor allem unseren Mitgliedern gegenüber nicht fair“, erklärte Staude.

Weitere wichtige Gesprächspunkte waren unter anderem die Vereinbarkeit von Beruf und Fa-

milie, die Wiedereinführung der Jubiläumszuwendung sowie die Deckelung der Amtszulage auf 30 Prozent, das Rentenverbesserungsgesetz und das Gesundheitsmanagement. Besonders der Punkt der einheitlichen Standards beim Gesundheitsmanagement wurde von den Gesprächspartnern jedoch unterschiedlich bewertet: Während der DBB NRW einheitliche Standards fordert, um eine adäquate Umsetzung zu gewährleisten, setzt Bündnis 90/Die Grünen NRW auf die Eigenorganisation der Behördenleiter.  
(10/39/15)

### **BBB: „Wir müssen jeden Lehrer mit dem Lasso fangen“**

**(dbb) Vor einem Lehremangel in Bayern warnt der Bayerische Beamtenbund (BBB). Vor allem in Oberbayern seien neue Stellen nur schwer zu besetzen, Bewerber könnten nicht so schnell gefunden und ausgebildet werden, wie man sie bräuchte, sagte der BBB-Vorsitzende Rolf Habermann am 29. Oktober 2015 dem Internetportal OVB-online.**

Angesichts der Flüchtlingskrise soll es in Bayern 3.700 neue Stellen für Verwaltung, Justiz, Schulen und Polizei geben. Diese Aufstockung sei ausreichend und werde vom BBB sehr begrüßt, sagte Habermann. „Für die betroffenen Beschäftigten war das ein ausgesprochen wichtiges Signal: Man hat ihre Situation erkannt und reagiert.“ Es werde aber ein Kraftakt, die Stellen zu besetzen. Habermann sagte, er würde „derzeit am liebsten jeden verfügbaren Lehrer mit dem Lasso einfangen“.

Der BBB-Vorsitzende rechnet damit, dass jeder ausgebildete Lehrer mit zweitem Staatsexamen einen Job an Grund- und Mittelschulen findet, wenn er beim Ort flexibel ist. Allerdings mit Gehaltseinbußen – für Gymnasiallehrer rund 400 Euro. Kurzfristig werde man auch auf Lehrer ohne zweites Staatsexamen zugreifen müssen. Hoffnung seien auch Teilzeit-Aufstockungen, ein vorzeitiges Ende von El-

ternzeiten und die Reaktivierung von Pensionären, all das freiwillig.

Probleme an den Schulen werde es dennoch geben, so Habermann, der massive Schwierigkeiten für Mitte November voraussagt. Dann greife die Schulpflicht vieler Flüchtlingskinder, erfahrungsgemäß treffe die Lehrer eine Erkältungswelle. „Die Lehrer-Reserve wird nicht reichen.“ Er riet, die Schulen zumindest zeitweise von Bürokratie zu entlasten, Evaluationen und Daten-Abfragen auszusetzen. Die Schul-Sorgen müsse man sehr ernst nehmen, sagte Habermann. „Wenn wir das Flüchtlingsproblem an den Schulen nicht in den Griff bekommen, könnte sich das katastrophal auswirken. Die möglichen Folgewirkungen sind kaum abzusehen.“ Für die Kinder beginne mit der Schule die Integration.  
(11/39/15)

## BBW mit Ziel von Chancengleichheitsgesetz einverstanden, mit Ausführung nur bedingt

**(dbb) Die baden-württembergische Landesregierung hat einen erneuten Anlauf genommen, um die Gleichberechtigung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst des Landes weiter voranzutreiben. Der Entwurf für eine Novelle des Chancengleichheitsgesetzes (ChancenG) liegt auf dem Tisch. Mit der Zielsetzung der Gesetzesnovelle ist der BBW einverstanden, mit der Ausführung nur bedingt, erklärte der Beamtenbund Baden-Württemberg am 30. Oktober 2015. Herbe Kritik sei jedoch am Verfahren zu üben: Von einer Politik des Gehörtwerdens könne in dieser Angelegenheit ganz und gar nicht die Rede sein.**

Zwar begrüßte der BBW in seiner Stellungnahme die bereits im Koalitionsvertrag 2011 festgeschriebene und dem Gesetzentwurf zugrunde liegende Intention, den Anteil von Frauen in Führungspositionen zu erhöhen und die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf für Frauen und Männer zu verbessern. Positiv bewertete er auch, dass die gesetzliche Verpflichtung zur Chancengleichheit für die Kommunen in größerem Umfang erweitert wird als bislang vorgesehen.

Ausdrücklich kritisierte der BBW jedoch den Verlauf des Beteiligungs- und Anhörungsverfahrens. Nachdem der BBW am 18. Juli 2012 seine Forderungen zur Novellierung des Chancengleichheitsgesetzes eingereicht hatte, bekam er noch eine Eingangsbestätigung. Über den weiteren Verlauf des Verfahrens wurde er vom Sozialministerium dann nicht mehr informiert. Erst als sich der BBW aufgrund etlicher Mitgliederanfragen im Juni 2015, also knapp drei Jahre später, erneut an das Sozialministerium wandte, nach dem aktuellen Sachstand fragte und auf das Beteiligungsrecht des BBW als gewerkschaftliche

Spitzenorganisation hinwies, reagierte man im Ministerium. Mit Schreiben vom 16. Juni 2015 wurde der BBW darüber informiert, dass das Sozialministerium Eckpunkte für die Novellierung erarbeitet habe. Selbstverständlich würden alle betroffenen Verbände und Institutionen im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens angehört werden, hieß es. Aus einer Pressemitteilung des Ministeriums vom 14. September 2015 hat der BBW dann entnommen, dass der Gesetzentwurf den Ministerien zur Ressortanhörung zugeleitet wurde. Entgegen § 6 der Beteiligungsvereinbarung wurde dem BBW der Gesetzentwurf nicht zeitgleich mit den Ressorts zugeleitet. Der BBW wandte sich am 22. September 2015 erneut an das Sozialministerium und erhielt daraufhin endlich am 23. September den Gesetzentwurf. Der Ärger über dieses Verfahren sei Punkt für Punkt in die Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf eingeflossen, so der BBW, ebenso wie die Beschwerde über die kurze Anhörungsfrist von gerade einmal vier Wochen.  
(12/39/15)

## Namen und Nachrichten

(dbb) Im Oktober 2013 vereinbarte die auf Spitzenebene angesiedelte Steuerungsgruppe für die Verhandlungen über eine Entgeltordnung für den Bereich der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA), dass Verhandlungen über einzelne konkrete Tätigkeitsmerkmale innerhalb von Arbeitsgruppen aufgenommen werden. Die Arbeitsgruppen haben Ende 2013 ihre Arbeit aufgenommen. Vom 26. bis 28. Oktober 2015 hat nun die Lenkungsgruppe in Kassel getagt, um die bisher in den Arbeitsgruppen erzielten Verhandlungsstände zu bewerten. Die **Lenkungs-**

**gruppe** befasste sich insbesondere mit den Themen Berufe im Gesundheitswesen, Sparkassen, Meister/Techniker/Ingenieure, IT/Datenverarbeitung, Rettungsdienst/Feuerwehr, Schulhausmeister sowie Ärzte im öffentlichen Gesundheitsdienst. Die Lenkungsgruppe wird sich am 21. und 22. Dezember 2015 erneut treffen

Am 29. Oktober 2015 sind die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Lübeck Travemünder Verkehrsgesellschaft mbH (LVG) zwischen dem **dbb**, der für seine Mit-



gliedsorganisation NahVG verhandelt, und dem Arbeitgeber fortgesetzt worden. Schwerpunkt war die zukünftige Eingruppierung des Fahrdienstes. Zunächst stellte der dbb seine erarbeiteten Vorschläge dar und diskutierte diese mit den Arbeitgebervertretern. Anschließend wurden Vorschläge des Arbeitgebers erörtert und bewertet. Auch wenn die Verhandlungspartner zu diesem Thema in dieser Tarifrunde noch keine Einigung erzielen konnten, war der Austausch konstruktiv und intensiv. Dieser Austausch wird in den nächsten Tarifverhandlungen am 9. November 2015 in Lübeck fortgesetzt.

In einem offenen Brief an die Abgeordneten des sächsischen Landtags hat der SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen Kritik am Gesetzentwurf zum Sächsischen Personalvertretungsgesetz geübt. Dieser sei „allenfalls ein kleiner Schritt“, heißt es in dem vom SBB-Vorsitzenden **Gerhard Pöschmann** unterzeichneten Schreiben vom 28. Oktober 2015. „Die Anregungen der Gewerkschaften fanden nahezu keine Berücksichtigung, die Erwartungen der Beschäftigten und ihrer Personalvertretungen werden kaum erfüllt.“ Die Gewerkschaften hätten in den auch den Abgeordneten vorliegenden Stellungnahmen zahlreiche wichtige Anregungen gegeben, auf notwendige Änderungen und auf Schwachstellen im Entwurf hingewiesen. „Personalvertretungen sind Teil des demokratischen Miteinanders zwischen Arbeitgebern und Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Sie tragen zu einem Interessenausgleich in den Dienststellen bei und erfüllen so eine wichtige Schnittstellenfunktion“, stellt Pöschmann fest. Sein Appell an die Abgeordneten: „Bitte nutzen Sie das parlamentarische Verfahren, um den vorliegenden Gesetzesentwurf und seine Regelungen zu hinterfragen. Die Stellungnahmen der Gewerkschaften machen deutlich, welche Änderungen notwendig und sinnvoll wären, um ein modernes Personalvertretungsrecht für Sachsen zu schaffen.“

Die Ermittlungen wegen Steuerhinterziehung im Zusammenhang mit der Affäre um den Zuschlag für die Fußball-WM 2006 können nach Ansicht des Bundesvorsitzenden der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) und dbb Vize **Thomas Eigenthaler** zäh werden. „Man muss jetzt sehen, ob die Beweismittel überhaupt noch da sind oder ob das nur ein

Schlag in den Nebel war“, sagte Eigenthaler am 3. November 2015 der Deutschen Presse-Agentur. Die Staatsanwaltschaft hatte die Wohnungen von DFB-Präsident Wolfgang Niersbach, dessen Vorgänger Theo Zwanziger und des früheren DFB-Generalsekretärs Horst R. Schmidt durchsuchen lassen. Die Behörde ermittelt gegen das Trio wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung in einem besonders schweren Fall. Durchsucht wurde auch die Zentrale des Deutschen Fußball-Bundes in Frankfurt am Main. Man habe die Durchsuchungen durch die Steuerfahnder sicherlich vorab „ins Kalkül“ gezogen, meinte Eigenthaler. „Es würde mich nicht wundern, wenn Unterlagen verschwunden sind.“ Von einer Verjährung könne man bei einem Betrag von 6,7 Millionen Euro nicht sprechen, erklärte Eigenthaler. Allein die Höhe des Betrags sei ein Grund, wegen schwerer Steuerhinterziehung zu ermitteln.

Äußerungen des nordrhein-westfälischen AfD-Landesvorsitzenden Marcus Pretzell hat der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, **Rainer Wendt**, scharf widersprochen. Pretzell hatte gesagt: „Die Verteidigung der deutschen Grenze mit Waffengewalt als Ultima Ratio ist eine Selbstverständlichkeit“. Wendt zeigte sich fassungslos: „Zu dieser Scharfmacherei fällt mir eigentlich nichts ein“, sagte er dem „Handelsblatt“ (Ausgabe vom 2. November 2015). „Diese Gewaltphantasien gehören in die extremistische Mottenkiste und da sollten sie auch bleiben.“ Deutsche Polizisten hätten in unzähligen Auslandsmissionen seit vielen Jahren gezeigt, dass Polizeiarbeit eben gerade nicht darauf gerichtet sei, ausschließlich mit Gewalt auf Konfliktsituationen zu reagieren. „Tatsache ist auch, dass die Bundespolizei im Einsatz rund um die Flüchtlingskrise seit Monaten ein weltweit beachtetes Bild einer professionellen, mitfühlenden und mit hoher interkultureller Kompetenz ausgestatteten Bürgerpolizei zeigt“, so Wendt. „Dabei wird es auch bleiben.“

Für eine Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung hat sich der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) **Maik Wagner** bei einer Veranstaltung im Rahmen des Bürgerdialogs der Bundesregierung „Gut leben in Deutschland“ am 28. Oktober 2015 in Dessau-Roßlau eingesetzt. Gegenüber Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) verwies Wagner darauf, dass die

Ende Oktober 2015 vom Bundesgesundheitsministerium für das Jahr 2016 bekannte Erhöhung des durchschnittlichen Zusatzbeitrages in der GKV um 0,2 Prozentpunkte von derzeit 0,9 Prozent auf dann 1,1 Prozent des beitragspflichtigen Einkommens ausschließlich von den Arbeitnehmern getragen werden muss. Dabei reiche der „Sündenfall“ zurück bis ins Jahr 2011, als sich die Politik vom jahrzehntelang gültigen Prinzip der GKV-Finanzierung mit gleich hohen Beiträgen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern verabschiedet und den Arbeitgeberanteil dauerhaft auf 7,3 Prozent eingefroren hatte. Die zunehmende einseitige Belastung der Beschäftigten durch voraussichtlich noch steigende Gesundheitskosten sei von diesen auf Dauer nicht zu stemmen, mahnte Wagner. Er forderte Größe auf, durch entsprechende Maßnahmen in der Gesundheitsgesetzgebung zur paritätischen Finanzierung der GKV zurückzukehren.

Zum Weltspartag am 30. Oktober 2015 hat **Hans Jacobs**, Bundesvorsitzender des Bundes Deutscher Forstleute (BDF), erklärt: „Sparen ist eine kluge Form der Daseinsvorsorge und rückt Verantwortungsbewusstsein für kommende Generationen in den Vordergrund. Dieses Leitprinzip der Nachhaltigkeit wurde aber nicht in der Finanzwelt, sondern schon vor 300 Jahren von Forstleuten entwickelt und ist auch heute noch Berufsethos und Leitbild unserer täglichen Arbeit.“ Jacobs weiter: „Obwohl Jahr

für Jahr der wertvolle Rohstoff Holz für die Holzwirtschaft und zur Energieversorgung geerntet wird, wachsen die Holzvorräte in der ‚Sparkasse Wald‘. Deutsche Forstleute von heute sind weltweit geschätzte Nachhaltigkeitsexperten.“

**Helmut Dähncke**, Vorsitzender des IBB und des GBB von 1990 bis 1991, ist am 22. Oktober 2015, kurz vor Vollendung seines 83. Lebensjahres verstorben. Dähncke arbeitete zur Zeit der Wende im Ministerium für Bildung in Berlin und engagierte sich bereits 1989 für die Einführung des Beamtenstatus in der DDR. Diesem Ziel folgend gründete er zusammen mit Gleichgesinnten den „Interessenverband Beamtenbund der DDR“ (IBB), der später in den „Gewerkschaftsverband Beamtenbund“ (GBB) umgewandelt wurde. Helmut Dähncke koordinierte und organisierte die Tätigkeit der ersten freien Gewerkschaft in der DDR und führte diese unter das Dach des dbb. Nach der Gründung von fünf Landesbünden 1991 zog er sich ins Privatleben zurück. Mit Helmut Dähncke verlieren die Landesbünde des dbb in den neuen Bundesländern einen ihrer Gründerväter, der den Weg für die Anerkennung von Gewerkschaftspluralismus und Berufsbeamtentum mit geebnet hat. Der dbb wird Helmut Dähncke ein ehrendes Andenken bewahren.

(13/39/15)